

DIE KRISE HAT SYSTEM

Bei der Analyse der Zustände, die Menschen zur Flucht zwingen, gelangen wir zwangsläufig an einen Punkt, an dem wir feststellen müssen: Wir haben Krisen und Probleme, die weit über punktuelle Spannungsverhältnisse zwischen einzelnen Menschen und Menschengruppen hinausreichen. Wir haben eine grundlegende, eine Systemkrise.

Es wäre falsch, dem Kapitalismus die alleinige Schuld an der weltweiten sozialen Ungleichheit zuzuschreiben.

Betrachten wir jedoch den Welthunger, die Armut, den Klimawandel, die Umweltzerstörung, aber auch Kriege und Waffenexporte fällt auf, dass politische und wirtschaftspolitische Entscheidungen von kapitalistischer Verwertungslogik geprägt sind. Bei dieser bedingungslosen Suche nach Profit spielen weder ökologische noch humane Aspekte eine Rolle. So werden schwerste Umweltzerstörungen oder menschenverachtende Arbeitsbedingungen billigend in Kauf genommen bzw. einkalkuliert, um eine Profitmaximierung zu gewährleisten. Beispiele hierfür finden sich zuhauf, so ist der Brand in einer Textilfabrik mit mehreren hundert Toten kein bedauernswerter Einzelfall, sondern Produkt einer auf Konkurrenz basierenden Wirtschaft, in welcher nicht nach den Bedürfnissen aller, sondern zugunsten einer Akkumulation des Kapitals gewirtschaftet wird. So funktioniert die kapitalistische Gesellschaft nach dem marxistischen Philosophen Marco Maurizi zwar durch Individuen, aber sie funktioniert auch auf einer höheren Ebene durch Strukturen, welche die Individuen nicht kontrollieren können, sondern diese durch die Strukturen kontrolliert werden.

Deutschland ist als Exportnation und Wirtschaftsmacht eindeutig Profiteur dieser Ausbeutung. Deutschlands oft zitierter Reichtum stützt sich auf die Ausbeutung anderer Länder.

Ungeachtet dessen, dass auch in Deutschland und anderen Industrienationen der Reichtum ungleich verteilt ist, trägt Deutschland damit Mitschuld an Hunger, Kinderarbeit und Umweltzerstörung.

Betrachtet man die Politik Deutschlands und der europäischen Union wird deutlich, dass der Gedanke der bedingungslosen Profitmaximierung nicht nur die Wirtschaft sondern auch die Politik bestimmt.

Beispielhaft kann man hierfür Freihandelsabkommen gegenüber Staaten in Afrika, oder den USA (TTIP) und Kanada (CETA) betrachten.

Letztere stoßen zwar auf breiten gesellschaftlichen Widerstand, viele Parteien und politische Gremien tragen diese aber unbeachtet der verheerenden Folgen weiterhin mit.

Unsere Form des Wirtschaftens, der Kapitalismus, ist nicht in der Lage vorhandene Mittel gerecht zu verteilen, nicht in der Lage ökologisch und human zu produzieren, nicht in der Lage Arbeit menschenwürdig zu gestalten, ist nicht krisensicher und sorgt global für soziale Ungleichheit.

Deshalb ist es unabdingbar darüber zu reden, wie wir eine sozialere Art des Wirtschaftens finden können.

Nicht zuletzt auch, weil die aktuellen Krisen nicht anders zu lösen sind.

Oft herbeizitiert, selten hinterfragt

- der „freie“ Markt.

Der „freie“ Markt wird oft als Ziel und Grundvoraussetzung formuliert, wenn es in Diskussionen um unser Wirtschaftssystem geht. Dabei hat unser Markt staatliche Regulierungen, die zumindest in Deutschland niemand anzugreifen wagt.

Hierzu gehört zum Beispiel das Verbot von Kinderarbeit oder Sklaverei.

Diese Verbote sind nichts anderes als staatliche Eingriffe in den „freien“ Markt, die zeigen, dass dieser von Natur aus keinerlei menschlichen Werten folgt.